

Auf ein Wort bitte



RALF SCHÄFER
ATTAC LEIPZIG

... schreibt
zusammen mit
anderen Linken in
dieser neuen LN-
Rubrik

Widerstand und Macht

Was haben ein Landloser in Brasilien, ein Hungernder in Afrika und ein deutscher Arbeitsloser gemeinsam? Sie sind alle mehr oder weniger große Verlierer im kapitalistischen Weltsystem. Um diese Zusammenhänge zu diskutieren und Widerstand zu bündeln, wurde 2001 das Weltsozialforum (WSF) ins Leben gerufen. Es ist zugleich Antwort auf das Weltwirtschaftsforum der Reichen und Mächtigen in Davos.

Das diesjährige Weltsozialforum war das sechste seiner Art und mit den Veranstaltungsorten Afrika (Mali), Asien (Pakistan) und Amerika (Venezuela) das erste polyzentrische. Das Spektrum der vertretenen

sozialen Bewegungen beim WSF war wie stets vielfältig: von Globalisierungskritikern und Gewerkschaftern über Feministinnen und Umweltaktivisten bis hin zu Marxisten war jede Richtung der Linken vertreten. Als großer Erfolg kann der gemeinsame Aktionsaufruf für den Widerstand gegen den Irakkrieg, den G8-Gipfel und die Jahrestagung von Weltbank und IWF im September bezeichnet werden.

Allerdings gab es auch Konflikte, die ähnlich auch bei sozialen Bewegungen in Deutschland zu finden sind: das Verhältnis zu Machthabern und Parteien.

Natürlich lässt sich ein Großereignis mit 120 000 (Venezuela) bzw. 20 000 (Mali) Teilnehmern nur schwer ohne Unterstützung der jeweiligen lokalen Entscheidungsträger durchsetzen. In Venezuela waren jedoch der linke Präsident Hugo Chavez und staatliche Vertreter fast allpräsent, was eine Diskussion über die Unabhängigkeit des WSF hervorrief und sogar zu einem Gegenforum führte.

Die globale soziale Bewegung tut gut daran, sich nicht zu sehr vereinnahmen zu lassen. Die Kooperation mit Regierungen und Parteien kann zwar die Durchsetzungskraft der Bewegung erhöhen, bedroht aber ihre Glaubwürdigkeit. So schlagen gegebenenfalls Machtmissbrauch und Opportunis-

mus der Regierenden auf die soziale Bewegung durch.

Als warnendes Beispiel können die süßen Reform-Versprechungen des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva gelten, die er den sozialen Bewegungen im Wahlkampf machte. Doch die Bilanz nach drei Jahren Regierungszeit ist ernüchternd. Und auch Chavez hat sich mit einem Agrarabkommen zuungunsten der kleinen Bauern schon den Interessen der Mächtigen gebeugt. Beide haben dadurch an Vertrauen verloren.

Auf lange Sicht sind jedoch Glaubwürdigkeit und Vertrauen für soziale Bewegungen die wichtigste Ressource, um Gegenöffentlichkeit zu erzeugen. Und sie sind umso erfolgreicher, wenn sie auf Distanz zur institutionalisierten Macht bleiben. Das heißt nicht, dass punktuelle Kooperationen unklug wären. Zum Beispiel: Die Entscheidung von Attac, keine Wahlempfehlung auszusprechen war ebenso richtig wie die, jetzt mit der Linkspartei zu einer Demonstration gegen die Bolkesteinrichtlinie zu mobilisieren.

Wichtigste Aufgabe sozialer Bewegungen bleibt aber, den Widerstand in die jeweiligen Unterdrückungszusammenhänge hineinzutragen und nicht auf den Weg durch die Institutionen zu vertrauen.